

Wählen für das gute, grüne Essen

Nirgends gibt man so viel für **Biolebensmittel** aus wie in der Schweiz. Trotzdem rufen heute zwei Volksinitiativen an die Urnen: Eine will höhere Standards bei importierten Lebensmitteln, die andere bessere Bedingungen für Schweizer Bauern. ➔ VON DOROTHEE NEURURER

Wer möchte das nicht? Lebensmittel von guter Qualität, tierfreundlich, ressourcen- und umweltschonend hergestellt, unter fairen Arbeitsbedingungen, egal ob sie aus dem In- oder Ausland kommen. Während das in anderen Ländern nur ein Versprechen des Agrarmarketings ist, stimmt man in der Schweiz heute, Sonntag, darüber ab, ob dieses Versprechen auch tatsächlich eingelöst wird. Werden die Volksinitiativen angenommen, soll die Schweizer Verfassung so geändert werden, dass die Forderungen beispielsweise mit neuen Vorschriften oder Zollkontingenten erreicht werden. Doch bei aller Zielharmonie, der Blick auf das Umfeld, aus dem die Agrarvorlagen kommen, zeigt ganz unterschiedliche Interessen dahinter.

Hinter der Initiative für Ernährungssouveränität (ESI) steht die Bauerngewerkschaft Uniterre. Die linksgerichtete Außenseiterorganisation aus der französischsprachigen Romandie sieht kleinere und mittlere Bauernbetriebe wegen des Kostendrucks in der Landwirtschaft gefährdet. 100.000 Arbeitsplätze seien in den letzten 30 Jahren in der Landwirtschaft verschwunden, das bäuerliche Einkommen um 30 Prozent gesunken, so ihre Rechnung. Aufzuhalten sei dieser Trend nur mithilfe staatlicher Maßnahmen. So soll die Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft wieder erhöht, einheitliche Arbeitsbedingungen geschaffen und gerechte Preise festgelegt werden. Für Importprodukte will man dieselben sozialen und ökologischen Standards wie in der Schweiz, für Gentechnik ein Verbot.



Diese Forderungen gehen selbst der konservativen und bauernnahen SVP und dem Schweizer Bauernverband zu weit. Die Kritiker sehen darin rückwärtsgewandte Planwirtschaft und fürchten, dass die Innovationskraft der

Die Bauerngewerkschaft Uniterre fordert festgelegte Preise.
/// Reuters

Schweiz und der Handlungsspielraum der Bauern eingeschränkt würde.

Weniger dramatisch in den Auswirkungen klingt die Initiative für Fair Food (FFI). Lanciert von den Grünen spricht sie den Lifestyle einer modernen urbanen Wählerschaft an, die ihren Anspruch auf hochwertige Nahrung mit der Forderung nach sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen verknüpft. Ihr Fokus: Das, was auf dem eigenen Teller liegt, vor allem wenn es aus dem Ausland kommt. Dieser Anteil ist beachtlich: Die Schweiz importiert rund die Hälfte aller Nahrungsmittel. Import von Fleisch aus Massentierhaltung, von Obst und Gemüse von Plantagen, auf denen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen herrschen, Lebensmittelverschwendung und ein Konsument, der nicht ausreichend informiert ist – das sind die Missstände, die die Initiative anprangert. Und denen sie entgegenwirken will. Ihr Rezept: Der Staat soll eingreifen – mit Hilfe klassischer handelspolitischer Steuerungsinstrumente: Mindeststandards, Zollkontingente, verbindliche Zielvereinbarungen mit Importeuren und Deklarationspflicht.

Der Unterschied zur Initiative der Bauerngewerkschaft: Sie will auf die Produktionsbedingungen im Ausland einwirken. In der Tonalität der Forderungen ist die FFI weniger radikal. Gespickt mit angesagten Zeitgeistbegriffen wie „fair“ und „waste free“ hat sie in den vergangenen Wochen die öffentliche und mediale Debatte in der Schweiz dominiert und Sympathien gewonnen. Dennoch lautet eine Hauptkritik, dass hier Moralvorstellungen via Standards von einer Gesellschaftsschicht exportiert werden, die sich faires und ökologisches Essen überhaupt leisten kann.

Die Schweiz importiert rund die Hälfte all ihrer Nahrungsmittel.

Dass beide Initiativen gleichzeitig an die Urne kommen – Zufall oder geschickter Schachzug – ermöglicht den Gegnern (Bund, Parlament, konservative und bürgerliche Parteien sowie führende Schweizer Wirtschaftsverbände) beide Anliegen quasi ressourcenschonend abzulehnen. Ihre Contra-Argumente: Steigende Preise wegen zusätzlicher Bürokratie, geringere Wahlfreiheit und Bevormundung des Konsumenten, Abwanderung von Kaufpotenzial in Form von Einkaufstourismus und Onlinehandel, Verletzung internationaler Handelsabkommen, allen voran mit der EU als wichtigstem Handelspartner.

Die Ernährungs-Blackbox. Jürg Niklaus, Rechtsanwalt und Dozent für internationale Agrarhandelsabkommen an der ETH Zürich, sieht die Initiativen in einem weiterführenden Zusammenhang: Die hoch arbeitstellige Wirtschaft im 21. Jahrhundert könne dem Konsumenten keine vollständige Sicht auf den Herstellungsprozess von Lebensmitteln bieten. Früher konnte man beim Bäcker einen Blick in die Backstube werfen oder wusste vom lokalen Fleischer, wessen Tiere er schlachtet. Für den Konsumenten von heute sei die Wirtschaft erst einmal eine Black Box, die Unbehagen auslöse. Die aktuelle Debatte sei das Bemühen, diesem Unbehagen entgegenzuwirken. Das könne neue Marktpotenziale eröffnen, so Niklaus.

Vergangenen November wurde die Ernährungssicherheit schon in der Schweizer Verfassung verankert. Zudem gibt mit 274 Euro pro Kopf und Jahr keine Nation so viel für Biolebensmittel aus wie die Eidgenossen. Stellt sich die Frage, ob beide Initiativen